

Pressemitteilung - 09.06.2022

Kfz-Gewerbe Bayern: EU drückt Verbrenner-Aus auf Kosten des Mittelstands durch

Präsident Vetterl: Individuelle Mobilität aus ideologischen Gründen beschnitten

München. Das bayerische Kraftfahrzeuggewerbe mit seinen sieben Innungen kritisiert das vom EU-Parlament beschlossene faktische Verkaufsverbot für Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotoren ab 2035 scharf. „Die individuelle Mobilität wird von Brüssel aus ideologischen Gründen massiv beschnitten – ohne Rücksicht auf Probleme der E-Mobilität und ohne angemessene Würdigung von sinnvollen Alternativen“, sagte Albert Vetterl, Präsident und Landesinnungsmeister des bayerischen Kraftfahrzeuggewerbes. „Die EU drückt das Verbrenner-Aus damit auf Kosten des Mittelstands durch.“

So seien nicht nur die Lieferzeiten seitens der Autohersteller vor dem Hintergrund von Halbleiter- und Ukraine-Krise für E-Fahrzeuge teilweise sehr lang. Vor allem die staatliche Förderung sei für die Käufer in Deutschland derzeit ein Glücksspiel, so Vetterl. Auch deshalb habe sich das Kraftfahrzeuggewerbe bei den EU-Parlamentariern intensiv für sowohl wirtschaftliche, als auch klimafreundliche Ergänzungen zur E-Mobilität eingesetzt. „Wir haben als bayerisches Kraftfahrzeuggewerbe zusammen mit dem Deutschen Kraftfahrzeuggewerbe intensiv für die Berücksichtigung von synthetischen Treibstoffen, den sogenannten E-Fuels, geworben – und das werden wir auch weiterhin tun. Dadurch können nicht nur die millionenfach im Bestand befindlichen Verbrennerfahrzeuge klimafreundlicher weiterbetrieben werden. Auch kommende, noch modernere Verbrennermodelle könnten dadurch massiv CO₂ einsparen. Und das bei vorhandener Infrastruktur.“

Durch die Entscheidung der EU dürfte es zudem zu einer Verlagerung der Verbrennertechnologie von Deutschland und Europa beispielsweise nach Asien kommen. „Dieser europäische Technologieausverkauf wird nicht spurlos am Autoland Bayern vorbeigehen“, sagte Vetterl.

Für die rund 7.000 bayerischen Kfz-Innungsbetriebe mit insgesamt über 125.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie über 15.000 Auszubildenden würden sich durch die Brüsseler Verbrenner-Entscheidung nun die Herausforderungen noch einmal verschärfen. „Unsere Kfz-Meisterbetriebe leisten schon jetzt einen großen Beitrag zur Bewältigung der politisch gewollten Mobilitätswende: Wir beraten Kunden, wir schaffen Ladeinfrastruktur, wir bilden Nachwuchs- und Fachkräfte gezielt für die Anforderungen der E-Mobilität aus. Das alles wird nun noch mehr vom Kunden gefragt und politisch gefordert sein. Diese Herausforderung nehmen wir als mittelständisches Gewerbe an. Gleichzeitig fordern wir von der Politik auch die nötige Unterstützung zur Bewältigung der Mobilitätswende ein“, sagte Vetterl.